

wie ernsthaft und überzeugend die sozialdemokratischen Genossen Maßnahmen verlangen, wenn wir ihnen die Zusammenhänge der EVG-Politik zeigen und die kameradschaftliche Hilfe nicht vergessen.

Das Kreissekretariat der Kommunistischen Partei Deutschlands sandte einen offenen Brief an alle Leitungen der SPD, der KPD und des DGB im Kreis Dortmund. Unsere Ratsfraktion schickte einen Brief an viele Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre sowie an alle Ratsmitglieder mit dem Ersuchen, den vorher von uns gestellten Dringlichkeitsantrag zur Einberufung einer außerordentlichen Ratssitzung zu unterstützen. Es folgten aus elf Gewerkschaftsversammlungen, Generalversammlungen der Ortsgruppen der IG Bergbau, Filialversammlungen der IG Metall und anderen Versammlungen Protestresolutionen mit konkreten Forderungen. Bemerkenswert ist, daß in einer Versammlung der ersten Vorsitzenden aller Ortsgruppen der IG Bergbau im Kreis Dortmund von einem sozialdemokratischen Genossen eine Protestentschließung eingebracht und einstimmig angenommen wurde. (Beifall.)

Die beharrlichen Diskussionen mit den sozialdemokratischen Genossen in Gewerkschaften und Betrieben trugen dazu bei, daß auf einer Delegiertenversammlung des Stadtverbandes der SPD, Groß-Dortmund, auf der 300 Delegierte anwesend waren, in einer dort einstimmig angenommenen Protestresolution sofortige Gegenmaßnahmen verlangt wurden.

Die vor sich gehende tiefe Veränderung in der Sozialdemokratischen Partei zeigt unter anderem ein Bericht der SPD-Zeitung über diese Delegiertenversammlung, in dem es wörtlich heißt:

„In der lebhaften Diskussion sprachen sich fast alle Diskussionsredner gegen die Absichten alliierter Stellen aus, in Dortmunder Straßen Sprengkammern einzubauen, und verlangten sofortige Gegenmaßnahmen.“

Sozialdemokratische Genossen äußerten ihre tiefe Freude über das gemeinsame Handeln von Sozialdemokraten und Kommunisten. Sie sagten: „Jetzt ist uns nicht mehr bange, wenn SPD und KPD Zusammengehen, werden wir den Sprengkammereinbau verhindern.“ (Beifall.)

In einer Erklärung des Kreissekretariats unserer Partei begrüßten wir diesen Beschluß der SPD-Delegiertenversammlung, der an die